

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 292.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 208.

Druckerei für Halle a. S., Kriegerstr. 37, Hinterhaus.
Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal mal. — 8 Zeilen 20 Spalten. — Halleischer
Gouvier (Halle, Verlagsanstalt), 31. Unterwallstraße (Sonntagsblatt), Bismarck, Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Verleger: Hermann F. H. Schlegel, Halle a. S., Kriegerstr. 37, Hinterhaus.
Druckerei für Halle a. S., Kriegerstr. 37, Hinterhaus.
Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal mal. — 8 Zeilen 20 Spalten. — Halleischer
Gouvier (Halle, Verlagsanstalt), 31. Unterwallstraße (Sonntagsblatt), Bismarck, Mittelstraße.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulzeische Str. 37, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272.
Verantwortl. Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Samstag, 25. Juni 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Brandenburgische Str. 30.
Telephon Amt VI Nr. 16 290.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Wahlkapitulationen einß und jetzt.

Das alte Deutsche Reich, das Heilige Römische Reich deutscher Nation war einst ein Wahlkapitulationen der deutschen Kaiser zugrunde gegangen. Die Institution des Wahlrechtes sollte im Laufe der Jahrhunderte zum direkten Wahlrecht der Reichsgenossen führen. Da jedem Kandidaten für den Kaiserthron von den wählenden Kurfürsten Versprechungen und Konzeptionen auf Kosten der kaiserlichen Macht abgefragt wurden, da seine Wahl von dem Maße von Gewürmen, Rechten und Verzicht abhing, die der künftige Kaiser seinen Erbählern zu machen bereit war, so mußte allmählich die Reichsgewalt zu einem flüchtigen Gebilde, einem reinen Schatten werden. Als das Kaiserthum im Jahre 1806 ruhmlos zugrunde ging, da waren ihm längst alle wesentlichen Bestandteile der Regierungsgewalt entzogen und im Laufe der Zeiten auf die Bundesfürsten übertrugen. Willkür, Justizhoheit, das Recht Steuern zu erheben gelang für den deutschen Kaiser nur noch dem Namen nach und war längst zum Attribut der ausführenden postularen Staatsgewalt geworden. Von der unabweislichen Pflicht, welche einst das fränkische und sächsische Kaiserthum befehlen hatten, das in dem Institut der „Grafen“ nur kaiserliche Beamte befehlen hatte, war nichts übrig geblieben als die imaginäre, vielfach von den Einzeländern durchbrochene Justizhoheit des Reichskammergerichtes und einige wenig bedeutende kaiserliche Ministerrechte, wie die Befugnis zu Rang- und Standeserhebungen, zur Verleihung des Adels (Goethe und Schiller wurden durch kaiserliches Diplom geadelt), zur Legitimation unehelicher Kinder, ein kläglicher Rest einer einst die ganze Christenheit beherrschenden Macht! Alles andere war den deutschen Kaisern im Laufe der Jahrhunderte durch Wahlkapitulationen, entzogen. Und an diesen Wahlversprechungen und Reichsentscheidungen bei jeder Kaiserwahl ist recht eigentlich das alte Deutsche Reich zugrunde gegangen.

Aber auch unser neues deutsches Reich kann einmal an Wahlkapitulationen zugrunde gehen, freilich an Wahlkapitulationen ganz anderer Art. Mir meinen die Wahlkapitulationen, welche heute Interessentengruppen überall den Kandidaten für Reichstag und Landtag aufzubringen gewillt sind. Während nach Reichs- und Landesverfassungen jedes Parlamentarismus nur die Interessen des ganzen Landes zu vertreten hat, und an Aufträge und Anweisungen seiner Wähler nicht gebunden ist, nützt sich heute immer ein System des Handels und Schandens des Wählens und Verprechens ein, welches zu den allerhöchsten Bedenken führen muß. Man kann den liberalen Parteien in Deutschland den Vorwurf nicht erheben, daß sie diesem gefährlichen System viel zu wenig Widerstand entgegengebragt, daß viele ihrer Wahlkandidaten, mit denen der Ehrgeiz durchgeht, bereit sind, ihre Wahl ohne genügende Rücksichtnahme auf das Wohl des Ganzen, dem sie doch dienen sollen, sich mit Verprechungen und Konzeptionen an einzelne Interessentengruppen zu verkaufen. Es droht immer mehr auch bei uns jenes gefährliche französische System sich einzubürgern, bei dem die Wahl des Abgeordneten nur ein Mittel ist, lokale Wünsche auf Kosten der Gesamtheit durchzuführen. Jeder französische Kandidat muß seinem Wahlrecht bestimmte Verprechungen machen, wie Eisenbahnen, Staatssubventionen, staatliche Beförderung aller erdenklichen Arten von Anwesenheiten, freie Art. Er hat stets eine feste, aber äußerlich unverbindliche Absicht hinter sich, die seine Wahl durchdrückt, aber ihm dann auch sehr unangenehme Rechnung präsentiert, die in Anleihen und Steuern, in Verbindungen aller Art und einträglichen Stellen an der Staatskasse besteht. Auf diese Weise wird der französische Kandidat mit einer ungeheuren Zahl völlig überflüssigen Beamtenposten im Heimatlande insofern wie in den Kolonien, von denen die letzteren überall im Vergleich mit England einen drei- bis vierfachen an Zahl überlegen oft überflüssigen Beamtenapparat in Bewegung setzen. Es gehört der grobgrätige französische Patriotismus, freilich aber auch die dem heutigen Franzosen inwohnende Unlust, innere Schäden reichlichlos aufzudecken, dazu, um jene Steuerlasten zu ertragen, welche dieses unfürsorgliche parlamentarische System hervorruft, an dem doch einmal schließlich die Republik zugrunde gehen kann.

Aber leider beginnen in Deutschland sich ähnliche Zustände zu entwickeln, und besonders das katholische Zentrum und leider auch weite Kreise des Liberalismus tragen die Schuld, wenn auch bei uns doch System des Wählens und Verprechens immer mehr eintritt. Man lese gewisse liberale Zeitungen und sehe, mit welchen Mitteln schon heute für die künftigen Wahlen Stimmung gemacht wird. Da wird nicht mehr nach den großen Gesichtspunkten gefragt, die nun einmal das politische Leben der Völker beherrschen, nicht nach den großen Geboten der Gerechtigkeit, der Befähigung der Staatsbürger, der Unterordnung des Einzelinteresses unter das Wohl des Ganzen, sondern da wird nur den klammernden Wählern verkündet, was der bis-

herige liberale Abgeordnete für die kleinen Beamten getan hat, wie bereitwillig er gewesen ist, staatliche Kassen anderen Interessentengruppen auszugeben als denjenigen, die ihn gewählt haben, was vor allem aber die verschiedenen Klassen seiner Wähler bei künftiger Wiederwahl von dem „Vertreter der liberalen Ideen“ zu erwarten haben. Dieser Kandidat wird dabei in vielen liberalen Wahlkreisen gar nicht mehr gefragt: Welches ist deine Gesamtaufassung vom Staate, wie sollen die verschiedenen Interessentengruppen in Harmonie gebracht werden, wie soll ein gerechtes und sparsames Regierungssystem durchgeführt, wie sollen die uns Ungeheuren angefallenen Schulden getilgt, neue möglichst vermieden werden? Sondern es heißt vielmehr: Was gedenkst du zu tun im Falle deiner Wahl für die und die Erwerbsklasse? Welche Vorteile haben von dir die Angehörigen der und der Beamtenklasse zu erwarten? Wird du auch keine Steuern benötigen, welche den Vorrentenbesitzern belasten? Was gedenkst du zu tun, um meinen Wahlkreis wirtschaftlich zu heben?

Sind dies nicht Wahlkapitulationen der schlimmsten und bedenklichsten Art? Führt das nicht zu einem ebenso widerwärtigen wie gefährlichen System des Stimmenshändlers und Stimmkaufes, ganz auf Kosten des Staates und der anderen Stände, welche die Lasten aufzubringen haben, welche der Reichthum und der Ehrgeiz gewissenloser Kandidaten ihnen auferlegt? Treibt ein solches System nicht mit Klugheitsritten zu einer immer rapider am Boden zerstörenden, einer immer mächtigeren Ansehens der Ausgebildeten? Viele liberale Wortredner, welche unausführlich den agrarischen Kreisen Interessenpolitik vortreiben, vermögen nicht den Wahlen im eigenen Auge zu sehen. Sie gewahren nicht, daß sie statt nationaler Politik reine Wahlpolitik treiben, daß sie sich zum charakterlosen Vertreter einseitiger egoistischer Interessen machen, bloß um den Wahlkreis für ihre Partei zu erobern. Darum ist es ein altes wahres Wort, daß das parlamentarische System die allerhöchste politische Regierungsgewalt ist, da es stets zum Wahlrecht genötigt zu werden pflegt, um übertriebene Forderungen der die Wahlen beherrschenden Interessengruppen der Regierung aufzuzwingen. Man vergleiche die geringen finanziellen Mittel mit denen einst der Absolutismus nach den Freiheitskriegen die Großfinanzstellung des völlig erdrossenen Preussens behauptete, mit den heutigen ins Unermessliche angeschwollenen Budgets der konstitutionell oder parlamentarisch regierten Staaten! Doch diese vermöge der öffentlichen Kontrolle aller Staatsausgaben billiger wirtschafteten, als der Absolutismus, ist eine längst wiederlegte alte liberale Vorstellung.

So wird die Finanzgeschichte besonders des Deutschen Reiches mit seinem allgemeinen gleichen Wahlrecht nichts anderes in Zukunft sein, als ein verweigertes Ringen der Staatsverwaltung mit übertriebenen Ausgaben, zu denen das immer mehr einseitige System der Wahlkapitulationen, der Wahlversprechungen und Wahlverpflichtungen führt. Denn je radikaler die Verfassung der Länder, um so kostspieliger wird die Wirtschaft. So mußte auch einst Cambetta, der Führer der extremen Republikaner das Geländnis ablegen: La democratie coûte très cher. Ganz erklärlich: Der regierende Demos fragt wenig nach den Kosten, da er sie doch sich absetzt und den Wählenden aufbürdet (Erbschaftsteuer!). Oder er macht Staatsanleihen ins Spiel, da ein drohender Staatsbankrott nicht ihn, sondern nur die Wahlhabenden berührt.

Es kann nicht oft genug auch bei uns auf diese drohende Gefahr hingewiesen werden, auf den Ruin, den alle Wahlversprechungen, oder alle Zuwendungen an einzelne Interessentengruppen im Hinblick auf kommende Wahlen, über unsere Finanzen bringen müssen. Zentrum und Liberalismus, die sich heute in lokalen Verheerungen an die unteren Stände in Verprechungen an Berufsständen und wirtschaftliche Gruppen überziehen, mögen sich immer wieder gelagt sein lassen, daß an den heutigen Wahlkapitulationen ihrer Parlamentarier das neue Deutsche Reich leicht einmal ebenso zugrunde gehen kann, wie das alte Heilige Römische Reich an den Wahlkapitulationen der Kaiser!

W. E.

Die Edinburgher Welt-Missionskonferenz.

III.

Am 3. Konferenztage, Donnerstag, 16. Juni, stand ein großer Teil der gegenwärtigen Missionen auf der Tagesordnung: Die Bildung nationaler Kirchen auf dem Weltmissionsfeld. Besonders im fernsten Osten ist diese Frage heute für die Missionen von größter Wichtigkeit und wichtigster Aufgabe geworden. Man hat in früherer Zeit die dräuben entliegenden Gewässer und Kirchen in einer dem Kindesverhältnis entsprechenden gewissen Abhängigkeit gehalten und ihnen gegenüber den eigenen überländlichen Charakter aufgedrückt. Nun hat sich aber immer nachdrücklicher die Forderung geltend gemacht, die bei der

Organisation der eigenen Kirche ein entscheidendes Wort mitzubringen zu dürfen.

In der Diskussion ergreifen denn auch eine ganze Anzahl eingeborener Christen das Wort. Sie alle fordern möglichst große Selbständigkeit für die eingeborenen Christen, und die europäischen und amerikanischen Missionare, die sich an der Debatte beteiligten, zeigten fast ausnahmslos eine freundliche Bereitwilligkeit, hierin den Eingeborenen in der weitgehendsten Weise entgegen zu kommen. Von den damit verknüpften gewaltigen Schwierigkeiten war, nach der Auffassung der deutschen evangelischen Mission wenigstens, nicht ganz genügend die Rede. Jedenfalls formte der Leiter der Verhandlungen mit vollem Recht sich zum Schluß an die Vertreter der eingeborenen indischen, chinesischen, japanischen, koraischen, orientalischen Christenheit mit einem freundlichen und doch auch ernstlichen Appell wenden: sie hätten gesehen, wie wehrlich die ausländischen Missionen ihrer berechtigten Wünsche Rechnung trügen, darum brauchten sie sich nicht länger um die Anerkennung ihres nationalen Selbstbewußtseins zu sorgen, möchten nun aber auch nicht durch allzu stürmisches Vorgehen es den Vertretern der alten Kirche erschwären, ihnen ihre volle Freiheit, die ihr Recht sei, einzuräumen.

Der 4. Konferenztag, Freitag, 17. Juni, war der Frage des höheren Missionswesens gewidmet. Dasselbe verfolgt ein dreifaches Ziel: zunächst, weil es sich auch hierbei um Missionsarbeit handelt, die Gewinnung einzelner Seelen besonders der höheren Schichten, die mit den anderen Missionsmitteln, Budget und, in der Regel nicht erreicht werden. Sodann: die Hebung der eingeborenen Christen auf eine höhere Bildungs- und Lebensstufe. Endlich: die Schaffung einer christlichen Atmosphäre inmitten der umgebenden Heidenwelt. Der ehrwürdige D. Miller, der Leiter des christlichen Kollegiums zu Madras, selbst durch Altersselbstverleugern am Besuche des Kongresses verhindert, hatte ein eingehendes Memorandum eingebracht, in dem er den Nachdruck besonders auf den letzten Punkt legte. Die meisten Redner indes erklärten die Hebung der eingeborenen Christen für die Hauptaufgabe. — Immer wieder wurde in der Verpredung die Bitte an die heimatische Kirche laut, für diesen so wichtigen Arbeitszweig die nötigen personlichen Kräfte, tüchtige Adulmänner, woran noch ein sehr großer Mangel sei, in viel reichlicherer Weise zur Verfügung zu stellen.

Mit besonderem Interesse hörte man die Ausführungen des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Bryan, der auch unter den Konferenzdelegierten war. Sein politischer Gegner, der Expräsident Theodore Roosevelt, der gleichfalls als Delegierter angemeldet war, hatte nicht erscheinen können und sich in einem am Donnerstage verlesenen Briefe entschuldigt, der ein hochbedeutendes Zeugnis für die große Sache der Mission als der wichtigsten Lebensbedingungen der christlichen Kirche darstellte. Bryan sprach den höheren Missionszwecken aus eigener Erfahrung die höchste Anerkennung aus. Er wandte sich nachdrücklich gegen die efferliche Vorurteile, die so vielfach herrsche, als dürften wir die Völker des Orients, unsere gefährlichen Konkurrenten, nicht selbst mit den Waffen unserer christlichen Kultur auszurüsten. Wir müssen vielmehr auch den Völkern des Orients unser Bestes geben und die weitere Entscheidung dem großen Gott überlassen.

Bei dem 3. Tag hohen Stande der christlichen und japanischen Regierungsschulen wurde die wichtigste Resolution der höheren Missionszwecken, um mit jenen erfolgreich konkurrieren zu können, dringend gewünscht, für Japan auch eine auf der Höhe der Wissenschaft stehende christliche Universität.

Am Donnerstagabend hielten die deutschen und kontinentalen Abgeordneten eine besondere Konferenz im Verein mit der deutschen Gemeinde von Edinburgh. Der soeben aus Afrika von einer neunmonatigen Studienreise zurückgekehrte Professor D. Hausleiter berichtete in fesselnder Weise über den von der Missionsarbeit in Deutsch- und Südwestafrika sowie in Südafrika gewonnenen Eindruck. — Der Freitagabend war den kontinentalen Missionen gewidmet. Professor D. Miller aus Warburg schilderte in einem geläufigen Vortrage die Eigenart der deutschen Missionsarbeit. Nachdem dann P. Hsing aus Dänemark einen Überblick über das Weltmissionsfeld der verschiedenen kleinen evangelischen Staaten Nordamerikas — Holland, Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark — gegeben hatte, zeichnete der holländische Missionsdirektor D. B. G. n. e. r in kurzen Zügen die ärmere Situation, in der die kleine, nur 600 000 Glieder zählende evangelische Kirche Frankreichs sich befindet, und die fast erdrückende vielseitige Missionsarbeit, die ihr Gott trotzdem in Südwestafrika, am Sambesi, am Gabun, in Französisch-Kongo, in Madagaskar und in der französischen Südsee aufgelegt habe. Er schloß mit einem dringenden Appell an die Missionsbrüder aller Welt, der kleinen evangelischen Kirche Frankreichs diese gewaltige Last tragen zu helfen.

